

Frankreichs Premierminister vor Absetzung: Vertrauenskrise vertieft sich

Frankreich steht vor einer politischen Wende: Ein Misstrauensantrag gegen Premierminister Michel Barnier könnte die Regierung stürzen und die Krise im Land verschärfen. Wie geht es weiter?



Die französischen Abgeordneten werden am Mittwoch über einen Misstrauensantrag abstimmen, der voraussichtlich die Regierung von Premierminister Michel Barnier stürzen wird. Das Land steckt in einer tiefen politischen Krise und kämpft mit einem massiven Haushaltsdefizit.

Politische Krise und Haushaltsprobleme

Diese Entscheidung folgt darauf, dass Barnier am Montag versuchte, einen Teil des Haushalts seines Kabinetts für 2025 durchzusetzen, der Maßnahmen beinhaltete, um das große

Defizit in den öffentlichen Finanzen Frankreichs zu schließen und die Haushaltszahlen bis Ende des Jahrzehnts wieder in Einklang mit den Regeln der Europäischen Union zu bringen.

Sein Finanzierungsgesetz sieht Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen in Höhe von 60 Milliarden Euro (63 Milliarden US-Dollar) vor, mit dem Ziel, das Defizit im nächsten Jahr auf 5 % zu senken, so die Berechnungen der Regierung. Einige der Maßnahmen sind bei den Oppositionsparteien äußerst unpopulär, darunter die Verzögerung bei der Anpassung von Rentenerhöhungen an die Inflation.

Kontrovers und Misstrauensantrag

Barnier, der erst seit September an der Macht ist und eine Minderheitsregierung führt, die von Zentristen und Konservativen unterstützt wird, versuchte, Teile des Haushalts durch ein umstrittenes verfassungsrechtliches Verfahren zu verabschieden, das eine Abstimmung im Parlament umging. Dieser Schritt gab den Abgeordneten jedoch die Möglichkeit, Misstrauensanträge gegen ihn vorzulegen. Die linke Opposition, die wiederholt schwor, seine Regierung zu Fall zu bringen, ergriff diese Gelegenheit.

Der rechtsextreme Nationalverband wird nun ebenfalls bei der Abstimmung über den Sturz der Regierung teilnehmen, nachdem die Partei keine Zugeständnisse beim Finanzgesetz von Barnier erreichen konnte.

Politische Ungewissheit und deren Auswirkungen

Die Abstimmung über das Misstrauensvotum ist nur der jüngste Schock auf der politischen Achterbahn in Frankreich, wo seit den Neuwahlen im Juli keine einzelne Partei eine Mehrheit im Parlament hält. Falls der Antrag angenommen wird, würde dies das Land in ein politisches Chaos stürzen. Seit 1962 wurde keine

Regierung mehr durch ein Misstrauensvotum gestürzt, und Barnier würde der am kürzesten amtierende Premierminister in der Geschichte Frankreichs werden. Sein Kabinett müsste bis zur Ernennung einer neuen Führung durch den französischen Präsidenten Emmanuel Macron in einer geschäftsführenden Funktion bleiben.

Es ist jedoch unklar, wie ein zukünftiger Premierminister in der gespaltenen politischen Landschaft einheitliche Unterstützung finden kann, um nicht auf ähnliche Weise gestürzt zu werden. Das Parlament ist stark in drei Blöcke unterteilt: die Zentristen von Macrons Partei, die rechtsextreme Partei von Marine Le Pen und eine linke Koalition. Diese Blockade hat es der Regierung erschwert, die Haushaltsprobleme zu lösen.

Finanzielle Herausforderungen und Ausblick

Am Montag sorgten die Bedenken über die Auswirkungen des politischen Wirbels auf die öffentlichen Finanzen Frankreichs kurzfristig dafür, dass die Kreditkosten der Regierung über die von Griechenland stiegen. Die Staatsverschuldung Frankreichs nähert sich 111 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – ein Niveau, das seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr erreicht wurde, so die Kreditagentur S&P Global Ratings. Dies ist teilweise auf die großzügigen Ausgaben des Staates zur Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und der durch Russlands umfassende Invasion in der Ukraine im Februar 2022 ausgelösten Energiekrise zurückzuführen.

Die Kreditrating-Agentur erwartet, dass das Haushaltsdefizit Frankreichs bis zum Jahresende 6,2 % des BIP erreicht. Das ist mehr als das Doppelte des von den EU-Regeln vorgegebenen Limits von 3 % und zählt zu den größten Haushaltsdefiziten unter den Euro-Ländern.

„Frankreich bleibt eine ausgewogene, offene, wohlhabende und diversifizierte Wirtschaft mit einem tiefen Binnenpool privater

Ersparnisse“, sagte S&P am Freitag. Die Agentur fügte jedoch hinzu, dass die Kreditwürdigkeit des Landes gesenkt werden könnte, wenn die Regierung „nicht in der Lage ist, ihre großen Haushaltsdefizite zu reduzieren“ oder wenn das Wirtschaftswachstum über einen längeren Zeitraum hinter den Erwartungen der Agentur zurückbleiben sollte.

Die politische Unsicherheit hat bereits Auswirkungen auf den dominierenden Dienstleistungssektor in Frankreich, berichtet Tariq Kamal Chaudhry, Volkswirt bei der Hamburg Commercial Bank, am Mittwoch. „Die Nachfrage ist im November stark zurückgegangen, was ein negatives Signal für Anfang 2025 sendet“, kommentierte er die neuesten Umfrageergebnisse der Einkaufsmanager im Sektor, die von S&P Global und der Hamburg Commercial Bank veröffentlicht wurden.

Die Berichterstattung von CNNs Olesya Dmitracova und Saskya Vandoorne trug zur Erstellung dieses Artikels bei.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at